

Welturanmarkt decken zu können, so die IAEA (2008), verdoppeln Namibia und Niger ihre Uranproduktionen. Nach Uran geschürft wird jetzt auch in Tansania und im Norden Malawis. In der malawischen Kayelekera-Lagerstätte werden 11.000 Tonnen Uran bei einer Erzkonzentration von 0,17 Prozent vermutet. Die australische Bergbaugesellschaft Paladin, die sich erste Abbaurechte sicherte, beginnt dieser Tage mit der Yellow-cake-Produktion. Unabhängige Experten befürchten technische Probleme und Kontaminationen von Arbeitern und Umwelt in Kayelekera. Es gibt kein Fachpersonal, keine strahlenschutztechnische Überwachung und keine staatliche Kontrolle.

Umweltschützer und Menschenrechtler sprechen sich entschieden gegen die nuklearen Projekte auf dem afrikanischen Kontinent aus.

Namibia hatte im Dezember 2008 einen Stopp für neue Uranabbauprojekte verhängt, allerdings sind Uran-Explorationslizenzen bereits an 21 Firmen vergeben. Wie nachhaltig diese Entscheidung sein wird, läßt sich kaum sagen. Rio Tinto (England) verlängerte den Betrieb der Rössing Mine, Paladin (Australien) eröffnete das Bergwerk Langer Heinrich und der dritte Uranabbau im Namib-Naukluft-Nationalpark ist in Planung. Die Naukluft-Region ist Heimat der Nama, der San („Buschmänner“) und anderer Bevölkerungsgruppen.

Es wächst Widerstand gegen Ressourcenausbeute und den Entzug der Lebensgrundlagen. Noch habe es die Uranwirtschaft leicht, aus stark reglementierten Staaten wie Kanada und Australien nach Afrika auszuweichen, erklärte Reinford Mwangobe von der Malawischen Initiative Citizens for Justice (CFJ) anlässlich einer Veranstaltung im namibischen Arandis. Doch auch hier regt sich Widerstand

und die Regierungen bekommen Druck, sich nicht als Handlanger der Atomwirtschaft zu betätigen. Das führt unweigerlich zu Konflikten mit ausländischen Bergwerksgesellschaften, die den Menschen, wie in der kolonialen Vergangenheit, Lebensgrundlagen und Landrechte entziehen und ihr Leben und die Umwelt zerstören.

Auf einer internationalen Tagung zum Thema „Uranabbau – Fluch oder Segen“ in Namibia im Oktober 2008 ging es um diese Themen. Eingeladen in die Hauptstadt Windhoek hatten der World Information Service on Energy (WISE), das Centre for Research on Multi-national Corporations (SOMO), das Labour Resource and Research Institute (LaRRI) und Earthlife Namibia.

Für die Tuareg in Niger, seit 30 Jahren mit Uranabbau und Uranverarbeitung konfrontiert, ist die Frage beantwortet. „The Uranium Curse – Northern Niger’s suffering from its wealth“ („Der Fluch des Uran – der Norden von Niger leidet an seinem Reichtum“) ist der Titel einer Broschüre über die Folgen des Uranabbaus von Areva am Rande der Sahara (www.tchinaghen.org).

BGR/Ministry of Energy and Minerals: Industrial Minerals in Tanzania, An Investors Guide, United Republic of Tanzania 2008

Kohrs, Bertchen: Uranium – A Blessing or a Curse? What you know about the uranium industry in Namibia, Earthlife Namibia, Windhoek 2008

Lyamunda, Anthony: Foundation for Environmental Management and Campaign against poverty (Femapo) in Tanzania, Vortrag Windhoek 2008

Mwangobe, Reinford: Initiative Citizens for Justice (CFJ) in Malawi, Vortrag zu Uranabbau in Malawi, Windhoek, Namibia 2008

Shindondola-Mote, Hilma: Uranium Mining in Namibia, The mystery behind „low level radiation“, LaRRI, Windhoek 2008. ●

Atomwirtschaft

Aufgeheiztes Klima: Areva weitet Uranabbau in Niger aus

Von Günter Wippel und Inge Lindemann

Am 18. Dezember 2008 reiste die Chefin des französischen Atommultis AREVA, Anne Lauvergeon, in Nigers Hauptstadt Niamey, um mit Präsident Mamadou Tandja die Abbaugenehmigung für das Uranvorkommen Imouraren auszuhandeln. Imouraren liegt ungefähr 80 Kilometer südlich des bisherigen Uranabbaugebiets von Arlit, eine der kolonialen Hinterlassenschaften Frankreichs im Norden des Niger. AREVA’s Explorationslizenz für Imouraren läuft im Februar 2009 aus.

Tandja, der bei den Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr wieder antritt, handelte eine staatliche Beteiligung von 33,5 Prozent an dem neuen Uranprojekt mit AREVA aus. Die Abbaulizenz beinhaltet eine Steigerung der Erlöse für Niger um 50 Prozent gegenüber den bisherigen Erträgen aus dem Uranabbau von Arlit [1]. 2012 soll Imouraren in Betrieb gehen.

Laut AREVA ist es dann eines der größten Uranbergwerke der Welt. Die geschätzten Vorkommen liegen bei 146.000 Tonnen Uranerz mit einem Urangehalt von 0,11 Prozent. In den kommenden 35 Jahren will AREVA dort jährlich 5.000 Tonnen Uran produzieren.

Der Abbau ist im „in situ leaching“-Verfahren (Lösungsbergbau) geplant und macht geschätzte Investitionen in Höhe von einer Milliarde Euro nötig. [2]

Unklar ist, welche gesetzlichen Rahmenbedingungen AREVA in Niger beachten muss und wie es um nigrische Strahlenschutz- und Atomge-

setzung bestellt ist.

Die Internationale Atomagentur in Wien (IAEA) beunruhigt dies nicht. Bei AREVA handelt es sich um einen der langjährigen Marktführer im internationalen Atomgeschäft. Dass dies keinem Gütesiegel gleichkommt, erfährt der französische Staat dieser Tage. Er sieht sich mit Altlasten und hohen Sanierungskosten des früheren Uranabbaus im eigenen Land konfrontiert.

Für AREVA, so ein hochrangiger Mitarbeiter ist klar, dass sie lieber in Afrika, Lateinamerika und Kasachstan Uran abbauen, als sich in den bisherigen Bergbauregionen Kanada und Australien den heute höheren Umweltauflagen und der strengeren staatlicher Aufsicht zu stellen.

Von Umwelt- und Arbeitsschutz ist in Afrika noch wenig die Rede. Selbst Mitarbeiter der französischen Strahlenschutzbehörde IRSN kritisierten, dass sie zwar die Abbaue von AREVA im Niger besuchen, aber weder eigene Messungen vornehmen konnten, noch Zugang zu den Krankendaten der Uranbeschäftigten hatten. Welcher Gefahr die Uranbergarbeiter im Uranbergbau und der Uranverarbeitung in Niger ausgesetzt sind, können die Mitarbeiter der französischen Strahlenschutzbehörde IRSN lediglich errechnen. Dosimeterauswertungen liegen Ihnen nicht vor. Das führt im Übrigen zu den bekannten Problem, mit denen Beschäftigte der Uranwirtschaft und ehemalige Uranbergarbeiter kämpfen, wenn es um die Anerkennung ihrer Erkrankungen bei den Berufsgenossenschaf-

ten geht (vgl. langjährige Wismut Verfahren).

Die Regierung in Niger hat kein Interesse am Arbeitsschutz. Ressourcenabbau geht vor. Im Jahr 2004 wollte ein französisches Wissenschaftlerteam (CRIIRAD) auf Einladung der Umweltschutzgruppe Aghir in Man in Arlit Radioaktivitätsmessungen im Norden durchführen. Die Regierung ließ die Messgeräte und Ausrüstung der Wissenschaftler bei der Ankunft am Flughafen der Hauptstadt Niamey beschlagnahmen. Unabhängige Recherche ist unerwünscht. [3]

Ähnliches gilt für den gesamten Norden von Niger: Dort gibt es seit Februar 2007 militärische Auseinandersetzungen zwischen dem Mouvement des Nigériens pour la Justice (MNJ), der von Tuareg angeführten Rebellenbewegung, und der nigrischen Armee (Forces Armée du Niger, FAN). Der vor über einem Jahr verhängte Ausnahmezustand wurde mehrfach verlängert und gilt bis heute. Die Region Agadez, in der sich alle derzeitigen und zukünftigen Uranabbau befinden, ist eine „no-go“-Area für Besucher, Journalisten und Diplomaten. Unabhängige Berichterstattung ist kaum möglich. Der Journalist Moussa Kaka hatte über die Rebellenbewegung berichtet und sitzt seit vielen Monaten im Gefängnis. Ein anderer Journalist äußerte sich kritisch zum Finanzgebaren der Regierung und wurde am 27. Januar 2009 inhaftiert. Ein französisches Kamerteam von Radio France International (RFI) bezahlte seine Recherche im vergangenen Jahr mit mehreren Wochen in nigrischer Haft. [4]

Die „sichere Versorgung Europas mit Uran“, wie von der Atomlobby vollmundig propagiert, ist keineswegs sicher. Nigrisches Uran wird in einer Region abgebaut, die sich im Ausnahmezustand befindet. Es ist das Gebiet der Tuareg,

derzeit beherrscht von der MNJ. Die nigrische Armee kann sich auf diesem Terrain kaum durchsetzen.

Die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und MNJ werden durch die Erteilung von Explorationslizenzen letztendlich weiter verschärft, denn die Menschen im Norden haben bereits ihre Erfahrung mit dem Uranabbau und seiner „nachhaltigen Verschmutzung“ (pollution durable) gemacht.

Kurz vor dem Besuch von Frau Lauvergeon in Niger, verschwanden am 15. Dezember 2008 der kanadische UN-Gesandte Richard Fowler und sein Begleiter Guay sowie deren Fahrer 45 Kilometer nordöstlich von Niamey.

Fowler, ein Afrika-Experte und engagierter Unterstützer afrikanischer Belange, hochrangiger kanadischer Diplomat, war im Auftrag der UNO in Niger unterwegs, seine Mission von der UNO bei der Regierung von Niger angemeldet und genehmigt. Diese Genehmigung wurde anscheinend nach seinem Eintreffen annulliert oder eingeschränkt. Verschiedenen Berichten zufolge hatte seine Mission mit Friedensverhandlungen zwischen Tuaregrebellen und der Regierung zu tun. Fowler habe sich auch zweimal um eine Besuchserlaubnis für das Imouraren-Uranprojekt bemüht, doch die nigrischen Regierung habe abgelehnt.

Nach dem Besuch einer Goldmine [5], wurde das Fahrzeug der UN-Gesandten mit laufendem Motor und allem Gepäck außerhalb von Niamey gefunden. Von Fowler und seinen Begleitern fehlt bis heute – 6 Wochen nach ihrem Verschwinden – jede Spur.

Präsident Tandja versucht, das Kidnapping der UN-Gesandten „terroristischen Gruppen“ in die Schuhe zu schieben und deutet damit in Richtung MNJ/Tuaregrebellen, ohne sie jedoch namentlich zu nennen.

Dies ist jedoch höchst unwahrscheinlich, da die MNJ bisher nie Entführungen durchgeführt hat. Die Gefangennahme von Personen veröffentlichte sie immer sofort auf ihrer Website (m-n-j.blogspot.com). Nach kurzer Zeit wurden diese dann unversehrte und ohne Bedingungen an das Internationale Rote Kreuz übergeben.

Fowler jedoch ist bis zum heutigen Tag verschwunden, während AREVA den Vertrag für Imouraren mit Präsident Tandja unterzeichnet hat.

1. Am 23. Januar 2008 lag der Preis für Uran auf dem Spotmarkt bei 50 US-Dollar per pound U₃O₈.

2. In situ leaching (ISL), auch „Lösungsbergbau“ genannt, bedeutet, daß das Erz im Boden

belassen wird und die gesuchten Mineralien durch chemisches Auslösen aus dem Gestein und Abpumpen der z.B. uranhaltigen Lösung gewonnen wird, aus der dann an der Erdoberfläche der Rohstoff, z.B. Uran, ausgefällt wird. ISL ist die derzeit von der Atomwirtschaft favorisierte Uranabbauemethode, betrieben in den USA, Kanada und seit dem Jahr 2000 in der Beverly Mine in Australien.

3. CRIIRAD (Commission de Recherche et d'Information Indépendantes sur la Radioactivité), Immeuble CIME, 471 av Victor Hugo, 26000 Valence, France. www.criirad.org

4. Reporters sans Frontières (Reporter ohne Grenzen) www.rsf.org/article.php3?id_article=30104

5. Die Goldmine liegt westlich der nigrischen Hauptstadt Niamey und ist teilweise in kanadischem Besitz. ●

Atomwirtschaft

Tansania – das neue Bergbaueldorado

Von Martin Kurz und Inge Lindemann

Ab 2010 soll in der Vereinigten Republik Tansania Uran abgebaut werden. Die Explorationsarbeiten laufen auf Hochtouren. Die Bevölkerung ist aufgebracht. Sie soll den Explorationsfirmen weichen. 25 Gesellschaften aus aller Welt sind bisher dem Ruf des ostafrikanischen Landes gefolgt und suchen dort nach Uran.

Die Vereinigte Republik Tansania ist vor allem für seine Naturschönheiten bekannt: Der Kilimanjaro, mit 5895 Metern der höchste Berg Afrikas, weltberühmte Nationalparks wie die Serengeti und das Schutzgebiet um den Ngorongoro-Krater mit seiner einzigartigen Tierwelt sowie die Küste des Indischen Ozeans mit den Inseln Zanzibar und Pemba. Tansania gilt als Hort der Stabilität und zieht viele Besucher an. Im Gegensatz zu andern afrikanischen Ländern

ist Tansania in keine außenpolitischen Konflikte verstrickt und auch im Innern herrschen vergleichsweise geordnete Verhältnisse. Trotzdem gehört Tansania, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen zu den 10 Prozent der ärmsten Länder der Erde [1]. Nach Regierungsangaben lebt die Hälfte der 40,2 Millionen Einwohner unter der Armutsgrenze.

Tansania ist aber auch ein Bergbauland. Seit Ende der 1990er Jahre liberalisierte Tansania seine Wirtschaftspolitik und setzt seitdem vor allem auf den Bergbausektor und ausländische Investoren.²

² Eine „friedvolle Arbeitsumgebung ohne ideologische Konfrontation, frei von ethnischen Kämpfen und arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen“ verspricht das Ministerium für Energie und Mineralien im Investors Guide 2008.